

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 1,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Streiks und Aussperrungen nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik	817	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen	827
Kongresse. Konferenz der Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands	825	Arbeiterversicherung. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft der Provinz Posen	827
Soziales. Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin	827	Kartelle, Sekretariate. Aus den Gewerkschaftskartellen	828
		Mitteilungen. Jahres-Inhaltsverzeichnis. — Unterstützungsvereinigung	828

Die Streiks und Aussperrungen nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.

Die seit dem Jahre 1899 im Reichsstatistischen Amt bearbeitete und von diesem herausgegebene Statistik über die Streiks und Aussperrungen weist Jahr für Jahr erhebliche Abweichungen von den in der gewerkschaftlichen Statistik enthaltenen Zahlen auf und gab der Generalkommission von vornherein Veranlassung, diese Statistik mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Von 1901 ab wurden die in der amtlichen Statistik verzeichneten einzelnen Streikfälle mit denen der gewerkschaftlichen Statistik verglichen und die Ergebnisse wurden für die Jahre 1901 bis 1904 veröffentlicht. Auch für 1906 wurde der Vergleich vorgenommen. Infolge Arbeitsüberbürdung konnte die umfangreiche Vergleichsarbeit erst in diesem Jahre beendet werden und wurde deshalb bisher von einer Veröffentlichung des Ergebnisses Abstand genommen. Die Ergebnisse der Vergleiche waren stets dieselben; sie erbrachten in jedem Jahre die schlagendsten Beweise dafür, daß die amtliche Streikstatistik nach keiner Richtung hin den Anforderungen zu genügen vermag, die man an eine amtlicherseits veranstaltete Erhebung zu stellen berechtigt ist.

Die Vergleiche ergaben, daß die amtliche Statistik alljährlich nur etwa vier Fünftel aller Streiks und Aussperrungen umfaßt und deshalb als höchst unvollkommen bezeichnet werden muß, sie ergaben ferner aber auch, daß die näheren Angaben über die örtliche und zeitliche Verteilung der Arbeitskämpfe, über Umfang, Dauer und Resultat derselben äußerst unzuverlässig, in vielen Fällen direkt unzutreffend sind. Bei den Veröffentlichungen der Vergleichsergebnisse haben wir nicht nur auf alle diese Mängel in der amtlichen Statistik hingewiesen, sondern auch die Gründe hervorgehoben, die das Reichsstatistische Amt in die fatale Lage bringen, trotz aller Bemühungen und sozialpolitischer Einsicht, eine nach allen Richtungen unzutreffende und bei dem Entwicklungsgang der industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands von Jahr zu Jahr unbrauchbarer sich gestaltende Streikstatistik herausgeben zu müssen. Wir wollen es uns schenken, an dieser Stelle noch einmal die Gründe im ein-

zelnen zu erörtern, insbesondere da wir überzeugt sind, daß diese Gründe nicht nur von uns, sondern auch an amtlichen Dienststellen als stichhaltig anerkannt werden. Es ist uns, wie wir schon an anderer Stelle schrieben, wohl verständlich, wenn das Statistische Amt versucht, die Streikstatistik in eine Form zu kleiden, wodurch sie der unliebsamen, absprechenden Kritik entzogen wird, aber solche Versuche verfehlen nicht nur ihren Zweck, sie sind auch geeignet, die Statistik noch mehr zu verschlechtern. So lange das Statistische Amt an die jetzt bestehenden Vorschriften und Grundsätze für die Erhebung und Bearbeitung der Streikstatistik gebunden ist, wird es dem Amt nicht möglich sein, eine einwandfreie Statistik herauszugeben. Bis vor einem halben Jahre durfte man noch ein gewisses Maß von Vertrauen auf strenge Objektivität des Statistischen Amtes hegen. Seit dem Erscheinen der amtlichen Streikstatistik für das Jahr 1906 sind uns aber auch in dieser Beziehung erhebliche Bedenken aufgestiegen. Trüge die amtliche Streikstatistik für 1906 nicht den Vermerk „Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt“, so wären wir sehr geneigt, sie für eine Arbeit aus dem Bureau des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu halten.

Der Aufbau dieser Statistik läßt einen Vergleich der einzelnen darin verzeichneten Kämpfe mit denen aus der gewerkschaftlichen Streikstatistik nur in beschränktem Maße zu. Als Merkmale bei einer Vergleichung dienen die Angaben über Ort und Gewerbe, in dem der Kampf stattfand, Beginn- und Beendigungsdatum, Zahl der Beteiligten und Resultat. Da die amtliche Statistik nur die Höchstzahl der während eines Streiks gleichzeitig streikenden Personen angibt, unsere Statistik aber Auskunft über die Zahl der Streikenden überhaupt gibt, da ferner die amtliche Auffassung über das Endresultat eines Streiks von derjenigen der Gewerkschaften meistens erheblich abweicht, so sind diese Merkmale sehr unsicher und können deshalb nur hilfswiese in Betracht gezogen werden. Mag man nun über die Art eines Kampfes oder dessen Resultat grundverschiedener Meinung sein, so kann es doch über Be-

In Berlin, Berlin-Reinickendorf und Berlin-Wilmersdorf fanden 41 Einzelstreiks der Holzarbeiter statt, darunter ein Streik mit 273 Beteiligten, von denen das Statistische Amt keine Kenntnis hatte.

In München streikten 437 Metallarbeiter 57 Tage in der Abwehr. Der Streik endete mit vollem Erfolg. In der amtlichen Statistik ist derselbe nicht enthalten.

Wir könnten die Liste noch bedeutend verlängern, doch diese wenigen Beispiele dürften genügen, die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik erkennen zu lassen.

In den Jahren 1901 bis 1905 fehlten in der amtlichen Statistik nicht weniger als 2085 Streiks und Aussperrungen, an denen insgesamt 42 776 Personen beteiligt waren.

gehilfen, Gemeindearbeiter, Graveure, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Maschinisten, Maurer, Metallarbeiter, Schiffszimmerer, Schmiede, Seeleute, Steinarbeiter, Steinsetzer, Zimmerer. Diese 17 Organisationen hatten zusammen 2250 Arbeitskämpfe. Verglichen mit den amtlichen Angaben sind die von den übrigen 36 Organisationen verzeichneten 1230 Kämpfe. Von den 3480 insgesamt in der gewerkschaftlichen Statistik enthaltenen Kämpfen sind also 35,3 Proz. mit den amtlichen Ziffern in Vergleich gestellt worden. Dabei sind wir so verfahren, daß wir jeden Streik und jede Aussperrung aus der gewerkschaftlichen Statistik auch dann mit einem amtlich registrierten Kampfe als vergleichbar erachteten, wenn sich nur vermuten ließ, daß es sich um ein und denselben Kampf handele, ohne daß die Angaben beider Statistiken nach irgend einer Richtung Übereinstimmung zeigten. Trotzdem

Jahr	Amtliche Statistik								Gewerkschaftliche Statistik								Es fehlen Streiks und Aussperrungen in der amtlichen Statistik			
	Streiks		Aus-sperrungen		Mat.-Aus-sperrungen		Zusammen		Streiks		Aus-sperrungen		Mat.-Aus-sperrungen		Zusammen		amtlichen Statistik		gewerkschaftl. Statistik	
	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte	Zahl	Betei-ligte
1901	1056	55262	35	5414	26	1593	1117	62269	692	40062	33	8449	2	11	727	48522	316	6243	559	20012
1902	1060	53912	46	10305	29	4873	1135	69090	805	48922	44	5764	12	1027	861	55713	314	5888	461	19512
1903	1374	85603	70	35273	25	3710	1469	124586	1200	75830	78	45137	4	626	1242	121593	387	8120	516	20675
1904	1870	113480	120	23760	—	—	990	137240	1513	104555	112	31402	—	—	1625	135957	481	9505	743	34459
1905	2403	408145	254	118665	18	6404	2675	533214	2070	363917	253	144047	—	—	2323	507964	587	13020	822	42571
	7763	716402	525	193417	98	16580	8386	926399	6290	633296	520	234799	18	1664	6818	899749	2085	42776	3101	137229

Nach der Gewerkschaftsstatistik haben in diesem Zeitraum 6818 Arbeitskämpfe stattgefunden, im Durchschnitt pro Jahr 1363. Davon sind in der amtlichen Statistik nicht enthalten durchschnittlich pro Jahr 417 oder 30,5 Proz. Es hat also in dem Jahrzehnt von 1901 bis 1905 nahezu der dritte Teil der gewerkschaftlich registrierten Streiks und Aussperrungen in der amtlichen Statistik keine Aufnahme gefunden. Wer möchte wohl diesen Feststellungen gegenüber noch behaupten, daß die amtlicherseits für das Deutsche Reich herausgegebene Statistik über Streiks und Aussperrungen niemals als vertrauenswürdiges Material für das Studium und die Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen gelten könnte! Wenn im Reichstage 1906 bei den Staatsberatungen Wünsche auf Einschränkung der statistischen Arbeiten laut geworden sind, so können diese Wünsche nur geboren sein aus der Erkenntnis, daß die Mittel des Reichs für statistische Spielereien keine Verwendung finden sollen. Und wenn dem so ist, dann sollte man aber auch die Konsequenz daraus ziehen und ein solch teures, das Ansehen und das Vertrauen zu dem Reichsstatistischen Amt schwer beeinträchtigendes Spiel nicht weiter treiben.

Von Seiten der Regierung wurden aber bisher keine Schritte unternommen, die eine Besserung dieses unhaltbaren Zustandes erwarten ließen. Dagegen hat das Statistische Amt die Statistik so gestaltet, daß die darin enthaltenen Fehler und Mängel nur schwer kontrollierbar sind. Damit ist aber nur erreicht, daß die Statistiken früherer Jahre trotz aller Fehler und Unrichtigkeiten sich sehr vorteilhaft abheben von dieser Leistung eines deutschen Reichsinstitutes.

Von den 53 gewerkschaftlichen Centralverbänden, die im Jahre 1906 Streiks und Aussperrungen zu verzeichnen hatten, mußten wir nach vergeblichen Vergleichsversuchen die folgenden ausschalten: Bauhilfsarbeiter, Bergarbeiter, Formstecher, Gastwirts-

blieben von 1230 Kämpfen 257 übrig, von denen wir mit Bestimmtheit behaupten können, daß sie in der amtlichen Statistik nicht enthalten sind. Da nur 35,3 Proz. aller Streiks und Aussperrungen in Vergleich gestellt sind, 64,7 Proz. dagegen nicht, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, besonders wenn man die Art des Vergleichs berücksichtigt, daß mindestens 750 bis 800 Arbeitskämpfe in der amtlichen Statistik für 1906 nicht verzeichnet sind. Je größer also die Zahl der zwischen Arbeitern und Unternehmern geführten Kämpfe wird, desto unvollkommener gestaltet sich die amtliche Streikstatistik.

Die 257 in der amtlichen Statistik fehlenden Streiks und Aussperrungen verteilen sich auf die Organisationen wie folgt:

	Zahl der Lohnkämpfe	Davon i. der amtlichen Statistik nicht verzeichnet
Bäcker	14	3
Bildhauer	35	10
Böttcher	33	13
Brauereiarbeiter	47	21
Buchbinder	25	2
Buchdrucker	17	12
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter	19	—
Dachdecker	31	4
Fabrikarbeiter	126	22
Fleischer	4	2
Gärtner	9	—
Glasarbeiter	19	6
Glasler	23	10
Hafenarbeiter	44	6
Handschuhmacher	3	1
Hutmacher	9	4
Ronditoren	1	—
Ueberstrag	459	116

ginn und Ende des Kampfes kaum einen Streit geben. Diese Angaben sind aber in der amtlichen Statistik nicht mehr enthalten. Ein genauer Vergleich aller Streiks ist deshalb nicht mehr möglich, aber die Zusammenstellung der Streiks nach der Verteilung der Streikenden auf die Gewerbearten bietet die Möglichkeit, die Streiks einer Anzahl Berufsorganisationen mit den amtlichen Angaben zu vergleichen und so festzustellen, ob die von der Organisation geführten Streiks alle in der amtlichen Statistik verzeichnet sind. Für größere Städte, in denen mehrere Streiks von gleicher oder annähernd gleicher Dauer oder annähernd gleichen Umfangs in einem Gewerbe stattgefunden haben, ist auch dies nicht möglich. Trotz dieser Schwierigkeiten konnten wir feststellen, daß von 1230 Streiks und Aussperrungen, das sind 35,3 Proz. aller im Jahre 1906 von den Gewerkschaften geführten Kämpfe, 257 in der amtlichen Statistik nicht enthalten sind. Da also der Vergleich sich nur auf etwa ein Drittel der Kämpfe erstreckt, so haben wir das Ergebnis einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Zuvor sei jedoch das Vergleichsergebnis für 1905 und das Gesamtergebnis für die Jahre 1901 bis 1905 mitgeteilt.

Die amtliche Statistik berichtet für 1905 über 2403 Streiks mit 408 145 Beteiligten, 254 Aussperrungen mit 118 665 Beteiligten und 18 Wai-aussperrungen mit 6404 Beteiligten, zusammen also über 2675 Kämpfe und 533 214 Beteiligte. Die gewerkschaftliche Statistik verzeichnet 2070 Streiks mit 363 917 Beteiligten und 253 Aussperrungen mit 144 047 Beteiligten, zusammen 2323 Kämpfe und 507 964 Beteiligte.

In der gewerkschaftlichen Statistik fehlen von den amtlich registrierten Kämpfen 822 mit zusammen 42 571 Beteiligten und in der amtlichen Statistik fehlen 587 Kämpfe mit zusammen 13 020 Beteiligten, die in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichnet sind. In der nebenstehenden Tabelle sind die in der amtlichen resp. gewerkschaftlichen Statistik fehlenden Kämpfe mit Angabe über die Zahl der Beteiligten für die Organisation zusammengestellt.

Die gewerkschaftliche Streikstatistik erstreckt sich nur auf die von den Centralverbänden geführten Kämpfe und kann folglich nicht alle in Deutschland vorkommenden Arbeitskämpfe umfassen. Die amtliche Statistik dagegen soll alle Streiks und Aussperrungen ohne Ausnahme umfassen. Nun zählt zwar die amtliche Statistik 352 Lohnkämpfe für das Jahr 1905 mehr als die gewerkschaftliche, andererseits fehlen aber in der amtlichen Statistik 587 Kämpfe, die nachweislich stattgefunden haben. Unter Hinzurechnung dieser fehlenden müßte die amtliche Statistik 3262 Lohnkämpfe, also 939 mehr als die gewerkschaftliche Statistik, aufweisen.

Da aber im Jahre 1905 nicht 939 Streiks oder Aussperrungen stattgefunden haben, an denen die gewerkschaftlichen Centralorganisationen gänzlich unbeteiligt gewesen wären, so ergibt sich daraus, daß in der amtlichen Statistik ein großer Teil der Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung verliefen, als Streiks gezählt worden sind. Das sind Infortretheiten, für die weniger das Statistische Amt, als die mit den Erhebungen betrauten Stellen verantwortlich zu machen sind. Das Statistische Amt ergänzt aber die ihm zugehenden Polizeiberichte durch Mitteilungen aus der Presse. Und es dürfte wohl kaum ein Streik oder eine Aussperrung stattfinden, über die nicht in einem der dafür in Betracht kommenden Presseorgane berichtet würde. Bei aufmerksamem Verfolgen dieser Presse ist es deshalb auch ganz un-

möglich, daß so ungeheuerliche Fehler vorkommen, wie wir sie nachstehend nachzuweisen imstande sind.

Ergebnis der Vergleichung für das Jahr 1905.

Laufende Nummer	Gewerbe	Es sind nicht verzeichnet in der			
		gewerkschaftl. Statistik		amtlichen Statistik	
		Streiks und Aussperrungen	mit Beteiligten	Streiks und Aussperrungen	mit Beteiligten
1	Bäcker	2	26	1	11
2	Bauhilfsarbeiter	68	2313	22	500
3	Maurer	91	3230	103	2729
4	Zimmerer	35	605	53	741
5	Bauunternehmung	86	7001	—	—
6	Bergarbeiter	20	5530	—	—
7	Bildhauer	—	—	17	186
8	Böttcher	1	8	13	117
9	Brauereiarbeiter	1	25	8	81
10	Buchbinder	3	147	6	52
11	Buchdrucker	4	121	1	8
12	Buchdruckereihilfsarb.	1	10	2	19
13	Dachdecker	10	99	6	33
14	Fabrikarbeiter	59	3697	31	1290
15	Fleischer	—	—	2	14
16	Gärtner	2	47	—	—
17	Glasarbeiter	7	358	1	10
18	Glasler	6	76	8	88
19	Graveure	1	5	—	—
20	Hafenarbeiter	27	2485	1	20
21	Transportarbeiter	42	2396	22	397
22	Handschuhmacher	1	43	1	10
23	Holzarbeiter	60	1828	122	2596
24	Hutmacher	3	31	5	96
25	Kupferschmiede	1	13	3	15
26	Kürschner	2	6	2	31
27	Lederarbeiter	2	25	5	47
28	Lithographen	8	114	8	196
29	Maler	10	229	8	95
30	Maschinisten	1	6	—	—
31	Metallarbeiter	106	4292	46	1438
32	Mühlendarbeiter	3	8	1	4
33	Portefeuilier	—	—	1	6
34	Porzellanarbeiter	—	—	4	42
35	Sattler	3	61	6	76
36	Schiffszimmerer	—	—	2	30
37	Schmiede	1	25	7	198
38	Schneider	24	608	5	111
39	Schuhmacher	10	457	7	245
40	Steinarbeiter	18	411	9	267
41	Steinsetzer	7	98	8	94
42	Stuffateure	17	338	1	5
43	Tabakarbeiter	3	39	9	114
44	Tapezierer	5	104	8	75
45	Textilarbeiter	50	4788	6	481
46	Töpfer	6	280	11	320
47	Vergolder	—	—	2	220
48	Wäschearbeiter	2	198	—	—
49	Werftarbeiter	1	187	—	—
50	Zigarrensortierer	1	6	3	12
51	Verschiedene	11	297	—	—
Summa . . .		822	42571	587	18020

In Romaves streikten 191 Textilarbeiter über ein Vierteljahr. Der Streik ist in der amtlichen Statistik nicht verzeichnet.

Streik Erfolg oder keinen Erfolg hatte, darüber kann es keinen Streit geben. Die amtlichen Ziffern weisen aber in dieser Beziehung sehr auffallend von den unserigen ab.

Wie bereits nachgewiesen, fehlt in der amtlichen Statistik durchschnittlich der dritte Teil der in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfe. Dafür ist aber stets eine größere Zahl von Streiks (tatsächlich oder angeblich stattgefundenen) in der amtlichen Statistik gezählt, die selbstverständlich der Kontrolle der Gewerkschaften entzogen sind. Soweit es sich hierbei um tatsächliche Streiks handelt, dürften es in der Regel sogenannte „wilde Streiks“ sein, die fast ausschließlich erfolglos verlaufen, und die in der Phantasie eines Berichterstatters aufgetauchten Streiks werden ebenfalls Erfolge nicht aufzuweisen haben. Auf diese Weise muß in der amtlichen Statistik die Zahl der erfolglosen Streiks größer sein als in der gewerkschaftlichen. Hinzu kommt aber noch, daß merkwürdigerweise von den in der amtlichen Statistik fehlenden der überwiegende Teil erfolgreich ist. Die folgende Zusammenstellung zeigt dies deutlich:

Industriegruppen	Zahl der Streiks u. Aussperr.	Beteiligtete Personen	Resultat				nicht beendet
			erfolgr.	teilw. erfolgr.	erfolglos		
Baugewerbe	19	289	8	5	6	—	
Holzindustrie	34	277	13	11	9	1	
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	43	914	14	16	11	2	
Bekleidungsindustr.	26	862	10	7	9	—	
Textilindustrie . . .	7	566	2	3	2	—	
Lederindustrie . . .	16	318	7	3	6	—	
Graphische Gewerbe	19	224	3	4	12	—	
Handelsgewerbe . .	29	927	20	4	5	—	
Glas- u. Tonwarenindustrie	42	628	27	3	11	1	
Sonstige Berufe . .	22	1529	11	3	8	—	
	257	6534	115	59	79	4	

Danach waren von den 257 nachweislich in der amtlichen Statistik fehlenden Lohnkämpfen 115 = 44,8 Proz. erfolgreich, 59 = 23 Proz. teilweise erfolgreich und 75 = 30,7 Proz. erfolglos. Daraus folgt, daß ein großer Teil der mit vollem und teilweisem Erfolg beendeten Streiks in der amtlichen Statistik überhaupt nicht gezählt werden, während an deren Stelle gänzlich unkontrollierbare Zahlen das Bild verzerren.

Es ist noch auf die verschiedenartige Wiedergabe der Resultate in beiden Statistiken hinzuweisen. Während die gewerkschaftliche Statistik nur über Erfolge resp. Mißerfolge der Arbeiter berichtet, verzeichnet die amtliche Statistik Erfolge der Parteien. Bei den Aussperrungen verzeichnet die amtliche Statistik die Erfolge der Arbeitgeber, dagegen zählen wir auch bei Aussperrungen die Erfolge der Arbeiter. Da die Aussperrung ein Kampfmittel der Unternehmer ist und von diesen inszeniert wird, so läßt sich dagegen nichts einwenden, wenn amtlich darüber in der angegebenen Weise berichtet wird. Aber was bei Aussperrungen richtig sein kann, ist nicht unter allen Umständen für Streiks maßgebend. Unrichtig ist es deshalb, wenn mit folgender Zahlengegenüberstellung die Erfolge der Parteien bei den Arbeitskämpfen nachzuweisen versucht werden, wie es das Statistische Amt beliebt:

Jahr	Die Arbeitnehmer hatten Erfolg bei den Ausständen und Aussperrungen			Die Arbeitgeber		
	vollen	teilweisen	keinen	vollen	teilweisen	keinen
1906	649	1672	1305	1305	1672	649

Danach scheint das Reichsstatistische Amt anzunehmen, daß jeder von den Arbeitern verlorene Streik den Unternehmern vollen Erfolg gebracht habe. In der Tat der Gipfel statistischer Logik!

Zu den hauptsächlichsten Feststellungen der amtlichen Streikstatistik gehören die Nachweise über Kontraktbruch und Vergehen gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuches. Nach beiden Richtungen hat aber die Statistik nicht das zutage gefördert, was die Regierung erwarten mochte. Was die Frage nach Kontraktbruch betrifft, so ist dieselbe einseitig, und wie das Statistische Amt selbst zugestehen muß, in einer Form gestellt, daß aus der Beantwortung dieser Frage nicht zu ersehen ist, ob im Einzelfalle die Streikenden beim Eintritt in den Streik aus dem Grunde nicht kontraktbrüchig gewesen sind, weil für sie überhaupt keine Kündigungsfrist bestand, oder aber deshalb, weil sie die tatsächlich bestehende Kündigungsfrist innegehalten hatten.

Bezüglich des Einschreitens der Polizei und der Staatsanwaltschaft anlässlich der Streiks und Aussperrungen beschränkt sich das Statistische Amt auf folgende Bemerkungen: „Nach den Mitteilungen — hat die Streikbewegung des Berichtsjahres, insoweit die beendeten Streiks in Frage kommen, in 590 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft geführt, während 804 mal die Polizeibehörden in Anspruch genommen wurden. Ob und inwieweit es zu einem wirklichen Einschreiten der erstgenannten Behörde gekommen ist, und welche Wirkung dasselbe gehabt hat, ist erklärlicherweise nicht aus den Nachweisungen zu ersehen, die zu einer Zeit aufgestellt werden mußten, zu welcher zwar der Streik bereits beendet war, der definitive Erfolg etwa eingeleiteter Amtshandlungen aber noch nicht feststand. Was übrigens die seitens der Polizeibehörden entwickelte Tätigkeit anlangt, so hat dieselbe nur in einem Teile der vorerwähnten 804 Fälle in direktem Einschreiten gegen die Streikenden bestanden; vielfach konnte die Polizeibehörde sich beschränken auf die Aufstellung von Schutzmannsposten auf der Arbeitsstelle oder auf Bahnhöfen, auf die gesteigerte Kontrolle der Wirtschaften, der Versammlungen der Streikenden usw.“

Ob und inwieweit die Staatsanwaltschaft wirklich Anlaß zum Einschreiten hatte, steht also dahin. Zunächst ist sie angerufen, und daß es in einer Anzahl von den 590 Fällen inzwischen zur Verurteilung der betreffenden Personen gekommen ist, geben wir zu. Doch ist mit diesen Ziffern gar nichts zu beweisen. Wollte man daraus irgendwelche Schlüsse ziehen, so wäre zunächst nachzuweisen, bei welchen Streiks die Gesetzesverletzungen vorgekommen sind. Darüber gibt die Statistik ebenfalls keine Auskunft. Und nun erst das Einschreiten der Polizeibehörden. In der Hauptsache bestand die seitens der Polizeibehörden bei Streiks und Aussperrungen entwickelte Tätigkeit in dem Schutze der lieben Arbeitswilligen. Anstatt sich auf die Verfolgung von Geschäftsübertretungen zu beschränken und sich um private Angelegenheiten nicht zu küm-

	Zahl der Lohnkämpfe	Dabon i. der amtlichen Statistik nicht bezeichnet
Ueberstrag	459	116
Rüschner	7	6
Lederarbeiter	25	6
Lithographen	54	5
Maler	61	5
Mühlenarbeiter	16	8
Portefeüller	4	1
Porzellanarbeiter	22	15
Sattler	20	4
Schneider	34	4
Schuhmacher	78	11
Stukkateure	45	10
Tabakarbeiter	70	9
Tapezierer	29	5
Textilarbeiter	72	7
Töpfer	62	21
Transportarbeiter	156	23
Vergolder	6	1
Wäscharbeiter	1	—
Zigarrensortierer	9	—
	1230	257

Die amtliche Statistik zählt für 1906 insgesamt 3378 Streiks mit 272 218 Beteiligten und 305 Aussperrungen mit 77 109 Beteiligten. Die Gesamtzahl der amtlich registrierten Arbeitskämpfe beträgt also 3683, wovon 3626 als beendet bezeichnet werden. Angaben über Zahl der beteiligten Personen usw. sind in der amtlichen Statistik nur für die beendeten Kämpfe gemacht. Es beträgt also die Gesamtzahl der an den beendeten Kämpfen beteiligten Personen 349 327.

Die gewerkschaftliche Statistik verzeichnet dagegen 3059 Streiks mit 222 686 Beteiligten und 421 Aussperrungen mit 93 356 Ausgesperrten. Als beendet werden in der gewerkschaftlichen Statistik 3008 Streiks und 410 Aussperrungen geführt. In den Gesamtzahlen aus der amtlichen und der Gewerkschaftsstatistik ist kein großer Unterschied. Die amtliche Statistik zählt für 1906 nur 203 Kämpfe mehr als die gewerkschaftliche, was an sich gar nicht bemerkenswert wäre. Bei genauerer Betrachtung der amtlichen Zahlen wird man aber doch etwas nachdenklich. Es sind gezählt:

	Streiks	Aussperrungen
amtlich	3378	305
gewerkschaftlich	3059	421
	+ 319	—116

Die amtliche Statistik zählt also 319 Streiks mehr, jedoch 116 Aussperrungen weniger als die gewerkschaftliche Statistik. Ein anderes Bild:

	Zahl der Aussperrungen		Zunahme	
	1905	1906	absolut	in Proz.
amtliche Statistik	263	305	42	16,0
gewerkschaftl. Statistik	253	421	168	66,4

Nach der amtlichen Statistik erscheinen sonach die Unternehmer und deren Organisationen in einem ganz anderen Lichte als in der Gewerkschaftsstatistik. Gar häufig mußten wir bei der Vergleichung die Wahrnehmung machen, daß die amtliche Statistik einen Streik verzeichnet, wo es sich in der Tat um eine ganz frivole Aussperrung handelt. Nun sollen nach den amtlichen Anweisungen nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeiter über den Sachverhalt befragt werden. Da aber in der

Arbeiterschaft unter allen behördlichen Organen die Polizeibeamten bekanntermaßen das geringste Vertrauen genießen, so würde, wenn gar kein anderer Grund vorläge, dies allein genügen, daß ein Arbeiter dem fragenden Beamten den Rücken kehrt, ohne zu antworten. Dazu kommt noch, daß die Arbeiter überzeugt davon sind, daß den Angaben der Unternehmer doch mehr Glauben beigemessen wird als den ihrigen. Woher sollte denn auch das Vertrauen der Arbeiter zu den Polizeiorganen kommen? Sehen sie doch bei jeder Gelegenheit und ganz besonders bei wirtschaftlichen Kämpfen die Polizei im Dienste des Unternehmertums. Derselben Polizei, die die Streitposten verhaftet und die Arbeitswilligen beschützt, die die Interessen der Unternehmer in jeder Beziehung wahrnimmt, während sie den Arbeitern bei Ausübung ihres Koalitionsrechtes die größtmöglichen Schwierigkeiten bereitet; dieser Polizei sollten die Arbeiter Auskunft über Streik- und Aussperrungsangelegenheiten geben! Das kann niemand verlangen. Unter solchen Umständen geschieht es, daß das Statistische Amt nur einseitig gefärbte Berichte erhält, die selbstverständlich für eine objektive statistische Arbeit als Grundlage nicht dienen können.

Ebenso unzutreffend wie die Angaben der Unternehmer, auf die sich das Statistische Amt stützen muß, bezüglich der Art eines Kampfes, sind auch die Angaben über das Resultat eines solchen. Wenn es richtig wäre, was das Statistische Amt über das Resultat der Streiks und Aussperrungen für 1906 berichtet, dann hätten die organisierten Arbeiter sehr schlecht abgeschnitten. Aber das Gegenteil ist der Fall. Nie zuvor haben die Gewerkschaften größere Erfolge durch Lohnbewegungen und Streiks erzielt, als 1906. Die amtliche Statistik berichtet allerdings in einseitiger Weise nur über die Resultate der Streiks und Aussperrungen, aber auch das, was darüber berichtet wird, entspricht nicht den Tatsachen.

	Beendete Streiks und Aussperrungen 1906	Dabon hatten			in Prozenten		
		vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen Erfolg	vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
Amtl. Statistik	3626	649	1672	1305	17,9	46,1	36,0
Gewerksch. Statistik	3418	1838	765	*815	53,8	22,4	23,8

Für das Jahr 1905 gibt die amtliche Statistik den Prozentsatz der mit vollem Erfolg beendeten Kämpfe mit 21,4 Proz., also mit 3,5 Proz. höher an, als für 1906, während die Gewerkschaftsstatistik 53,6 für 1905 und 53,8 für 1906 verzeichnet. Das Resultat der Angrißstreiks wird für die letzten drei Jahre von beiden Statistiken wie folgt nach Prozenten angegeben:

	vollen Erfolg			teilweis. Erfolg			keinen Erfolg		
	1903	1905	1904	1906	1905	1904	1906	1905	1904
Amtliche Statistik	17,5	20,2	22,5	45,8	41,7	38,5	36,7	38,1	39,0
Gewerksch. Statistik	55,7	57,9	57,4	26,7	24,6	24,0	15,9	16,6	15,7

Ueber die Frage, ob im Einzelfalle voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden ist, kann man streiten. Wer hier ein bestimmtes Urteil abgeben will, muß die Dinge genau kennen. Ob aber ein

*) Einschließlich 101 unbelasteten Resultats.

Streiks und Ausperrungen, die in der amtlichen Statistik nicht verzeichnet sind.

Nummer	Gewerbe	Ort des Streiks	Der Streik		Zahl der Beteiligten	Unglück- oder Verhütung	Resultat		am 1. Januar 07 nicht beendet
			begann am	endete am			erfolgreich	teilw. erfolgreich	
Baugewerbe.									
I 1	Dachdecker	Mittenburg	7. 11.	7.	20	a	1	1	
I 18	"	Sonneberg	26. 6.	29. 6.	11	a	1	1	
II 7	"	Magdeburg	27. 2.	9. 3.	5	b	1	1	
A 3	"	Lüneburg	9. 7.	27. 11.	6				
I 33	Maler	Angolstadt	31. 5.	19. 7.	14	a	1	1	
I 43	"	Mannheim	12. 6.		12	a	1	1	
I 51	"	Deynhausen	9. 3.		32	a	1	1	
I 62	"	Wienhorst	10. 11.	5. 12.	1	a	1	1	
A 17	"	Zossen	25. 2.		1	a	1	1	
I 2	Stuttardeure	Wiesbaden	26. 3.	23. 4.	94	a	1	1	
I 16	"	Görzitz	1. 4.	2. 4.	7	a	1	1	
I 21	"	Strasbourg i. G.	6. 8.	20. 11.	18	a	1	1	
II 6	"	Ronn	23. 2.	17. 3.	4	b	1	1	
II 7	"	Kürsch	21. 2.	7. 3.	10	b	1	1	
II 11	"	München	15. 6.	18. 6.	20	b	1	1	
II 12	"	Strasbourg	16. 8.		13	b	1	1	
II 13	"	Danzig	8. 9.	10. 9.	9	b	1	1	
II 17	"	"	22. 11.	24. 11.	6	b	1	1	
A 4	"	Braunschweig	2. 8.	27. 11.	6	b	1	1	
Holzindustrie.									
I 4	Bildhauer	Buchholz	19. 10.	22. 10.	4	a	1	1	
I 7	"	Grefeld	2. 7.	23. 7.	2	a	1	1	
I 9	"	Pforzheim	18. 4.	25. 4.	1	a	1	1	
I 10	"	Bremen	23. 10.	18. 11.	6	a	1	1	
I 15	"	Höchst	21. 8.	26. 11.	11	a	1	1	
I 22	"	Düffeldorf	1. 11.		5	a	1	1	
I 29	"	Lauban	5. 3.	7. 3.	5	a	1	1	
I 30	"	Düffeldorf	6. 6.	9. 6.	9	a	1	1	
I 31	"	Kriedrichshagen	18. 10.	26. 11.	8	a	1	1	
II 9	"	Düffeldorf	25. 9.	12. 10.	6	b	1	1	
I 3	Böttcher	Gulm	24. 1.	27. 1.	21	a	1	1	
I 4	"	Rintenberg	19. 1.	10. 2.	7	a	1	1	
I 5	"	Regelad	15. 2.	10. 3.	6	a	1	1	
I 8	"	Wülheim a. Rh.	15. 3.	6. 4.	6	a	1	1	
I 9	"	Regensburg	17. 12.	6. 1. 07	6	a	1	1	

Bekleidungsindustrie.

Nummer	Gewerbe	Ort des Streiks	Der Streik		Zahl der Beteiligten	Unglück- oder Verhütung	Resultat		am 1. Januar 07 nicht beendet
			begann am	endete am			erfolgreich	teilw. erfolgreich	
I 1	Handschuhmach.	Burg	27. 1.	5. 3.	81	a	1	1	
II 1	Hutmacher	Künsterwalde	17. 10.	21. 10.	23	b	1	1	
II 2	"	Madeberg	1. 1.	1. 2.	32	b	1	1	
II 4	"	Neudamm	1. 1.	27. 1.	22	b	1	1	
A 1	"	Madeberg	15. 2.	30. 3.	26				
II 2	Kürschner	Schfeuditz	1. 1.	18. 2.	6	b	1	1	
II 3	"	Berlin	4. 1.	30. 3.	14	b	1	1	
II 4	"	Schfeuditz	28. 4.	26. 5.	5	b	1	1	
II 5	"	Berlin	9. 7.	13. 8.	4	b	1	1	
II 7	"	Lissa	7. 10.	13. 10.	2	b	1	1	
II 8	"	Hamburg	22. 10.	29. 10.	3	b	1	1	
I 21	Schneider	Bremen	18. 4.	4. 8.	15	a	1	1	
I 22	"	Celle	11. 8.		6	a	1	1	
I 26	"	Frankfurt a. O.	6. 8.	8. 8.	2	a	1	1	
II 4	"	Wiesbaden	26. 11.		1	b	1	1	
I 2	Schuhmacher	Barmen u. Langensfeld	8. 10.	15. 10.	86	a	1	1	
I 12	"	Chemnitz	14. 5.	28. 5.	14	a	1	1	

Streiks und Aussperrungen, die in der amtlichen Statistik nicht verzeichnet sind. (Fortsetzung.)

Nummer	Gewerbe	Ort des Streiks	Der Streik		Zahl der Beteiligten	Eingriff- oder Abwehrstreit*)	Resultat			
			begann am	endete am			erfolgreich	teilw. erfolgreich	erfolglos	
I 9	Buchdrucker	Güstrow	Dauer	1 Tag	1	a	1	—	—	
I 10	"	Mannheim	"	21	10	a	1	—	—	
I 11	"	Saarlouis	"	17	12	a	—	1	—	
I 15	"	Luda	"	—	1	a	—	1	—	
I 16	"	Steinisch	"	—	3	a	—	1	—	
I 17	"	Langensalza	"	49	2	a	—	1	—	
I 1	Lith. u. Steindr.	Wschaffenburg	16. 1.	—	23	a	—	1	—	
I 2	"	Madebeul	2. 1.	—	39	a	—	1	—	
I 10	"	Emmerich	11. 1.	10. 3.	20	a	—	1	—	
A 7	"	Bünde	24. 7.	16. 8.	3	a	—	1	—	
A 21	"	Reitelsheim	4. 6.	18. 8.	67	a	—	1	—	
Handelsgewerbe.										
I 12	Kafearbeiter	Wismar	21. 6.	28. 8.	188	a	—	1	—	
I 14	"	Rendsburg	6. 7.	8. 7.	52	a	1	—	—	
I 17	"	Warnemünde	23. 7.	8. 9.	42	a	1	—	—	
I 25	"	"	16. 10.	18. 10.	15	a	1	—	—	
I 32	"	Paffau	10. 10.	17. 10.	87	a	1	—	—	
II 1	"	Wismar	17. 3.	27. 3.	220	b	1	—	—	
I 4	Transportarbeiter	Berlin	8. 10.	9. 10.	5	a	1	—	—	
I 8	"	"	9. 6.	12. 6.	59	a	1	—	—	
I 31	"	"	10. 8.	10. 8.	17	a	1	—	—	
I 34	"	"	13. 7.	20. 7.	6	a	1	—	—	
I 35	"	"	21. 8.	21. 8.	13	a	1	—	—	
I 37	"	"	15. 10.	17. 10.	2	a	1	—	—	
I 40	"	"	10. 5.	10. 5.	5	a	1	—	—	
I 43	"	"	21. 8.	21. 8.	14	a	1	—	—	
I 52	"	"	26. 3.	5. 4.	20	a	1	—	—	
I 78	"	"	3. 9.	13. 10.	9	a	1	—	—	
I 80	"	"	18. 4.	1. 5.	2	a	1	—	—	
I 114	"	"	23. 4.	26. 4.	14	a	1	—	—	
I 116	"	"	12. 4.	23. 4.	46	b	1	—	—	
II 12	"	"	1. 4.	7. 4.	70	b	1	—	—	
II 13	"	"	11. 9.	17. 9.	9	b	1	—	—	
II 14	"	"	30. 6.	12. 7.	23	b	1	—	—	
II 15	"	"	26. 10.	31. 10.	19	b	1	—	—	
II 21	"	"	14. 5.	15. 5.	5	b	1	—	—	
I 16	Gabrarbeiter	Meißen	1. 8.	4. 3.	22	a	—	—	—	
I 24	"	Hamburg	16. 3.	20. 8.	17	a	—	—	—	
I 37	"	Marne	2. 4.	5. 5.	14	a	—	—	—	
I 40	"	Sonderburg	5. 4.	21. 4.	32	a	—	—	—	
I 41	"	Lübeck	9. 4.	23. 4.	103	a	—	—	—	

Sonstige Verufe.

Nummer	Gewerbe	Ort des Streiks	Zahl der Beteiligten	Eingriff- oder Abwehrstreit*)	Resultat
I 16	Gabrarbeiter	Meißen	22	a	1
I 24	"	Hamburg	17	a	1
I 37	"	Marne	14	a	1
I 40	"	Sonderburg	32	a	1
I 41	"	Lübeck	103	a	1

II 24	II 25	II 33	II 37	5.	3.	9.	3.	10.	b	1	I 43	Fabrikarbeiter	Renfeld	17.	4.	21	4.	8	a	1	1
Transportarbeiter	Bayreuth	Regensburg	Neumünster	Worms	29.	30.	2.	4.	1	1	I 52	"	Ammerl	30.	4.	15.	5.	385	a	1	1
"	"	"	"	"	31.	7.	31.	1	1	1	I 53	"	Meißen	8.	5.	5.	5.	159	a	1	1
"	"	"	"	"	2.	4.	2.	9	1	1	I 64	"	Freienwalde	28.	5.	22.	5.	42	a	1	1
"	"	"	"	"	6.	2.	7.	4.	34	1	I 73	"	München	29.	5.	28.	5.	179	a	1	1
"	"	"	"	"	3.	11.	3.	18	a	1	I 74	"	Friedland i. M.	28.	8.	30.	8.	35	a	1	1
"	"	"	"	"	10.	2.	7.	24	b	1	I 96	"	Stettin	18.	10.	19.	10.	310	a	1	1
"	"	"	"	"	29.	10.	15.	17	b	1	I 101	"	Speyer	22.	10.	19.	10.	15	a	1	1
"	"	"	"	"	18.	7.	20.	13	b	1	I 102	"	Mosbach	21.	5.	28.	5.	32	a	1	1
"	"	"	"	"	7.	4.	17.	8	b	1	I 106	"	Wepfing	2.	1.	9.	1.	20	a	1	1
"	"	"	"	"	16.	8.	27.	12	a	1	II 8	"	Magdeburg	1.	6.	15.	6.	57	b	1	1
"	"	"	"	"	26.	3.	16.	52	a	1	II 16	"	Coepnick	12.	11.	12.	11	11	b	1	1
"	"	"	"	"	19.	11.	31.	9	a	1	II 26	"	Magdeburg	20.	1.	20.	1.	38	b	1	1
"	"	"	"	"	17.	9.	7.	44	a	1	A 4	"	Gaiburg	23.	1.	16.	7.	14	1	1	1
"	"	"	"	"	14.	5.	9.	8	a	1	A 5	"	Wolgast	12.	7.	24.	9.	12	1	1	1
"	"	"	"	"							A 18	"	Wandsb. b.	26.	8.			16	1	1	1
"	"	"	"	"							A 19	"	Burgfarnbach								

Glas- und Tonwarenindustrie.

I 2	II 1	II 3	II 5	II 7	A 2	I 1	I 2	I 3	I 4	I 6
Glasarbeiter	Damgarten	Dresden	Schwendorf	Wietau	Steinach	Damgarten	Berlin	Cöln	Düsseldorf	Margarethenhütte
Porzellanarbtr.	Berlin	Cöln	Düsseldorf	Margarethenhütte	Nürnberg					

*) a Angriff, b abwehrstreit.

mern, stecken die Polizeibeamten die Nase in jedes friedliche Gespräch hinein, das ein Streitposten mit irgendeinem Kollegen oder Passanten führt, mischen sich in Dinge, die sie nichts angehen und schaffen künstlich Vergehen gegen imaginäre Verordnungen oder provozieren Auseinandersetzungen, die zu wirklichen Vergehen führen. Auch ohne polizeilichen Schutz würde den Arbeitswilligen kein Haar gekrümmt werden. Dagegen wäre es den Streikenden möglich, die Arbeitswilligen auf ihr unsolidarisches Verhalten aufmerksam zu machen und sie in Güte zur Arbeitsniederlegung zu bewegen resp. sie von der Annahme der Arbeit fernzuhalten. Das Vorgehen der Polizeiorgane bei solchen Anlässen, die Parteinarbeit der Polizei für Unternehmer und Arbeitswillige und gegen die Streikenden, muß naturgemäß bei letzteren die größte Verbitterung hervorzurufen, und so bedauerlich es auch ist, so erklärlich ist es, wenn ein Streikender in der Erregung sich zu Ausfälligkeiten und zuweilen auch zu Taten hinreißen läßt, die er dann vor dem Strafrichter zu verantworten hat. Würden die Polizeibehörden auf den Schutz der Arbeitswilligen verzichten, dann wären die Streikvergehen noch weit geringer, als sie es unter den bestehenden Verhältnissen ohnehin sind.

Wird das Kaiserlich Statistische Amt nun endlich zu der Erkenntnis gekommen sein, daß es so nicht weiter geht, daß es auf diesem Wege überhaupt nicht zu einer brauchbaren Statistik gelangt, die einen Vergleich mit den statistischen Leistungen anderer Länder auf diesem Gebiete, ja auch nur einen Vergleich mit der privaten Statistik der deutschen Gewerkschaften aushält? Wird es sich endlich dazu entschließen, wie es anderwärts geschieht, — im Verein mit den Arbeiterorganisationen eine zuverlässige Streikstatistik zu schaffen, die auch das weit größere und fruchtbarere Feld der friedlichen Lohnbewegungen nicht unbeachtet läßt? Darf man erwarten, daß es sich entschließt, mit dem System der Polizei-Annalen zu brechen und auf der gesunden Grundlage wissenschaftlicher Statistik ein Werk aufzubauen, das dem deutschen Namen zur Ehre gereicht? Wir sind nicht optimistisch genug, um uns Illusionen hinzugeben. Solange der Weg zur Reichsregierung durch das Bureau des Centralverbandes deutscher Industrieller geht, werden wir auf eine objektive Streikstatistik vergeblich warten. Das hieße ja Feigen von den Dornen ernten wollen. Aber wir werden nicht nur fortfahren, die statistischen Leistungen des Reiches sachlich und gründlich zu prüfen, sondern auch mit Hilfe der deutschen Gewerkschaften weiter arbeiten in dem Bemühen, eine Streikstatistik zu schaffen, die jeder Prüfung gewachsen ist.

L. Brunner.

Kongresse.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 16. u. 17. Dezember 1907.

Die fünfte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Centralverbände war ausschließlich praktischen Gewerkschaftsaufgaben gewidmet. An erster Stelle der Beratung stand die weitere Entwicklung der von der Generalkommission im Auftrage des Gewerkschaftskongresses veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Berlin, deren Wirksamkeit von den Gewerkschaften ein stetig wachsendes Interesse ent-

gegengebracht wird. Diese Kurse waren zunächst auf die Dauer von 4 Wochen bei einer Teilnehmerzahl von je 50 Personen begrenzt. Die praktischen Erfahrungen zwangen zu einer Erweiterung der Dauer auf 5 Wochen und der Teilnehmerzahl auf 70. Auch diese Dauer wurde noch als zu knapp empfunden und eine Ausdehnung auf 6 Wochen befürwortet, der die Centralvorstände zustimmten. Auch erwies es sich als notwendig, die den auswärtigen Teilnehmern seitens ihrer Organisationen gewährten Diäten einheitlicher zu gestalten, und wurde ein Diätensatz von 5 Mk. pro Tag nebst einer Wohnungsschädigung von 30 Mk. pro Monat für die in Frage kommenden Verhältnisse als angemessen bezeichnet. Endlich wurde die Generalkommission beauftragt, den Teilnehmern an den Unterrichtskursen die zum Weiterstudium notwendigen Bücher zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Die Regelung der Diäten der in Berlin ansässigen Kursteilnehmer wurde den Organisationen überlassen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Land- und Waldarbeiter, wobei die bisherigen Ergebnisse und die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete eingehend gewürdigt und die Möglichkeiten einer wirksamen Organisation erwogen wurden. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, den Zusammenschluß der Land- und Waldarbeiter zu einer selbständigen Organisation zu empfehlen.

Hinsichtlich der *M a i f e i e r* hatte die Konferenz die Frage zu prüfen, in welcher Weise sich die Unterstützung der wegen der Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgesperrten im Einvernehmen mit der Partei am besten durchführen lasse. Den seitens der Generalkommission unterbreiteten Vorschlägen stimmte die Konferenz zu und beauftragte die Generalkommission, mit dem Parteivorstand das weitere zu regeln.

Die Frage der Jugendorganisation, die bereits frühere Konferenzen beschäftigt hatte, soll nach einem Beschlusse der Konferenz auf die Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg gestellt werden.

Aus der Praxis der wirtschaftlichen Kämpfe waren Anregungen gegeben worden, die auf eine Weiterentwicklung der in Köln (1905) beschlossenen Resolution betr. Streikunterstützung hinzzielten. Die auf der Vorstandskonferenz darüber gepflogenen Erörterungen gelangten zu dem Beschlusse, von einer Aenderung dieser Resolution Abstand zu nehmen.

Auf dem Gebiete der Ausgestaltung der Gewerkschaftsstatistiken sind Neuerungen vorgehen, die für die praktische Gewerkschaftsarbeit von weittragender Bedeutung sind. Da soll zunächst der bereits von der Internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landescentralen angeregten Statistik über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Ländern, Berufen und Orten nähergetreten werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung dieser Aufgabe ergaben, veranlaßten die diesjährige Konferenz in Kristiania, die Ausführung dieses Beschlusses wieder fallen zu lassen. Der praktische Nutzen einer solchen Erhebung für die Gewerkschaften ist aber ein so wesentlicher, daß die Vorstände der deutschen Gewerkschaften ihre Durchführung bereits vor Jahresfrist zugesagt hatten und auch jetzt noch daran fest-

hielten. Diese einheitliche Erhebung wird nicht allein für die Wirksamkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und der tariflichen Arbeitszeitregelung eine zuverlässige Grundlage der Beurteilung der vorhandenen Zustände ergeben, sondern auch der Propaganda für die gesetzliche Arbeitszeitregelung zum Stützpunkt dienen können.

Eine fortlaufende Statistik der geltenden Tarifverträge und ihres sachlichen Inhalts will das Kaiserlich Statistische Amt der Reichsregierung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften aufnehmen. Obwohl eine solche Erhebung bedeutende Ansprüche an die Arbeitskräfte der Gewerkschaften stellt, sagten die Gewerkschaftsvorstände dem Statistischen Amte ihre Mitarbeit zu.

Auch die Streikstatistik der Gewerkschaften soll in einigen Punkten eine Verbesserung erfahren. Um alle bei der Durchführung dieser statistischen Aufgaben entstehenden Schwierigkeiten durch entsprechende Ausgestaltung des Erhebungsmaterials leichter zu beheben, wurde eine aus Vertretern der größeren berufsverwandten Industriegruppen gewählte Kommission eingesetzt, die in Gemeinschaft mit der Generalkommission zunächst die Fragebogen einer Prüfung unterziehen soll.

In ihrem weiteren Verlauf trat die Konferenz der gewerkschaftlichen Literatur näher, die nach Qualität und Quantität in erfreulichem Aufschwung begriffen, leider aber infolge mangelnder geschäftlicher Verbindungen vielfach noch vom buchhändlerischen Markt ausgeschlossen ist. Es ist für Kreise, die den Gewerkschaften nicht sehr nahe stehen, mitunter sehr schwer, gewerkschaftliche Berichte, Statistiken, Protokolle oder Quellenwerke zu erhalten, die besonders für die soziologische Wissenschaft von Wert sind. Um den Anschluß aller Gewerkschaften, die eigene Literatur veröffentlichen, an den deutschen Buchhandel zu bewirken, empfahl die Generalkommission den Vorständen, einen Teil der Auflage ihrer Schriften der Verlagsbuchhandlung Vorwärts in Kommissionsverlag zu geben, die den Vertrieb unter günstigen Bedingungen übernehmen will. Diese Anregung fand bei den Gewerkschaftsvorständen allseitige Zustimmung.

Bei der Erörterung des Standes der Gewerkschaftsliteratur wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die Generalkommission möge ein Gesichtswort über die früheste Gewerkschaftsentwicklung, zunächst abschließend mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes, herausgeben. Die Generalkommission sagte die Erwägung dieser Anregung zu.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Vereinsgesetzes wurde einer Erörterung unterzogen und dabei festgestellt, daß derselbe zwar mancherlei Erleichterungen bringt und daß die reichseinheitliche Regelung dieser Materie ein Fortschritt sei, aber doch auch durch eine Reihe reaktionärer Vorschriften die Arbeit der Gewerkschaften ganz erheblich gefährde. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter waren einstimmig der Meinung, daß, solange nicht diese Einschränkungen der freien Vereins- und Versammlungstätigkeit aus der Vorlage ausgeschieden seien, dieser Entwurf bekämpft werden müsse.

Den Rest der Verhandlungen bildeten eine Reihe geschäftlicher Fragen, wie die Behandlung von Aufrufen zur Gründung und Unterstützung von Genossenschaften und zum Bau von Gewerk-

ichaftshäusern, wobei die Vorstände der seit-herigen Praxis der Generalkommission, derartige Aufrufe nur dann im „Corr.-Bl.“ zu veröffentlichen, wenn die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften dazu ihre Zustimmung gegeben haben, durchaus beipflichteten.

Hinsichtlich der Berichterstattung der Tagespresse über Kongresse und Verbandstage der Gewerkschaften konnte die Konferenz der Anregung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse, am Schlusse eines jeden Verhandlungstages durch den Protokollführer bzw. einen der anwesenden Berichterstatter einen kurzen Auszug der Arbeiterpresse auf Kosten des Verbandes zugehen zu lassen, nicht folgen. Man trug Bedenken, die Verantwortung für derlei Berichte auf den Verband zu übernehmen. Dagegen soll versucht werden, das von der Partei in Aussicht genommene Nachrichtenbureau auch für die rasche Verbreitung zuverlässiger gewerkschaftlicher Mitteilungen, besonders bei Streiks und Aussperrungen, in Anspruch zu nehmen.

Angeichts des Umstandes, daß der Ausschuß des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Uebereinstimmung mit dem Genossenschaftstag die seitens des Kölner Gewerkschaftskongresses aufgestellten Forderungen der Gewerkschaften an die Konsumvereine nur als einseitige Anregungen betrachtet, die so lange der Bindkraft ermangeln, als sie nicht durch beiderseitige Vereinbarungen festgelegt sind, beauftragt die Konferenz die Generalkommission, bis zum nächstjährigen Kongreß solche Vereinbarungen mit der Centralleitung der Konsumvereine herbeizuführen.

Die nächste Konferenz soll die Frage der Kostendeckung bei Rechtschuldfällen in strittigen Gewerkschaftsgebieten prüfen und ferner Maßregeln zur Durchführung des Kölner Beschlusses betr. Gewerkschaftskartelle gegen die den letzteren fernbleibenden oder von ihnen ausscheidenden Gewerkschaftsfilialen zu unternehmen seien, in Erwägung ziehen.

Endlich wurde noch die vorläufige Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg aufgestellt. Ihre Veröffentlichung bleibt der Generalkommission überlassen.

Soziales.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, die vom Genossen Heimann eingerichtet ist und auch unterhalten wird, versendet ihren Bericht für das 8. Betriebsjahr, das am 24. Oktober abgelaufen war. Wir entnehmen dem Bericht folgende Angaben über das Wirken des Instituts:

In der Ausleih-Bibliothek wurden im 8. Betriebsjahr im ganzen 67 438 Bände nach Hause verliehen, von denen 14 Bände in Verlust gerieten. Von dieser Gesamtziffer entfallen 45 409 Bände auf schöne und 22 029 Bände auf wissenschaftliche Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 3688, Geographie 2287, Naturwissenschaften 4968, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 2964, Gewerbehandl., Technik 2614, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2762, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw.

2746 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahre über 33 Proz. aller Entlehnungen aus. Im ganzen sind im 8. Jahre 83 673 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den acht Betriebsjahren zusammen 577 288 Bände. Von den Lesern waren 82 Proz. gewerbliche Arbeiter.

Die Lesesäle wurden im 8. Betriebsjahr von 73 293 Personen, und zwar 70 361 Männern und 2932 Frauen, in den acht Jahren zusammen von 495 186 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 537 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte, 1535 Bände zählende Nachschlage-Bibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 8. Betriebsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 140 731 Personen, gegen 137 333 im Vorjahre. Seit der Eröffnung vor acht Jahren haben insgesamt 968 219 Personen das Institut aufgesucht.

Das Institut ist werktäglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

In der Krefelder Textilindustrie ist es noch vor Weihnachten zu einer Aussperrung großen Stils gekommen. Seit einigen Wochen befinden sich die Seidenstoffweber in einer Lohnbewegung. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 10 Proz. Als diese von den Fabrikanten unter Hinweis auf die Auslandskonkurrenz und die mindere Leistungsfähigkeit (!) der Krefelder Weber abgelehnt wurde, reichten die Weber in vier Betrieben am 3. Dezember die Kündigung ein. Die Fabrikanten antworteten am 6. Dezember mit der Aussperrung von zirka 2000 Arbeitern in Krefeld, und wurde ferner den Arbeitern in Hüls, Moers, Bierfen, Kempen, Schiefbahn, Burgwaldsmül, Anrath, Lobberich, Wassenburg und Rhehdit gekündigt. Da bis zum 21. Dezember eine Beilegung der Differenzen nicht erfolgt war, trat auch in diesen Orten die Aussperrung in Kraft, so daß insgesamt zirka 11 000 bis 13 000 Arbeiter ausgesperrt sind. Außer dem Textilarbeiterverband ist der christliche Verband an dem Kampfe beteiligt. Die Verbandsvertreter haben alles versucht, den Kampf zu vermeiden, durch die strikte ablehnende und provozierende Haltung der Unternehmer sind die Arbeiter derart erbittert, daß sie den Rat der Verbandsvertreter, den Kampf zurzeit aufzugeben, nicht beachteten.

Arbeiterversicherung.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft der Provinz Posen

hat jeben ihren Jahresbericht für das Jahr 1906 herausgegeben. Schon eine flüchtige Prüfung desselben lehrt uns, daß der in den Berufsgenossenschaften verharrende rückständige Geist auch in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu Posen

sein Unwesen treibt. Einige Zahlen mögen diese Behauptung erhärten: Im Jahre 1906 sind für 1991 Unfälle erstmalige Entschädigungen festgesetzt worden, dagegen im Jahre 1905 für 2134 und im Jahre 1904 für 2309 Unfälle. Das macht also ein Weniger gegen 1905 um 143, gegen 1904 um 318! Durch die Unfälle des Jahres 1906 sind 129 Personen getötet worden, bei 6 Personen trat dauernd völlige, bei 836 Personen dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit ein, während 1020 Personen nur vorübergehend in ihrer Erwerbsfähigkeit geschwächt wurden. In Wirklichkeit ist die Zahl der Unfälle im Jahre 1906 weit größer, als es oben in Höhe von 1991 angegeben ist. Aber es ist nun einmal mit der Tatsache zu rechnen, daß eine große Anzahl von Unfällen aus den Lesern bekannten Gründen überhaupt nicht zur Anmeldung gelangen.

An Entschädigungen für die 1991 Unfälle sind 964 405,53 Mk. gezahlt worden, gegen 935 511,03 Mk. im Jahre 1905 und 924 905,05 Mk. im Jahre 1904. Das bedeutet allerdings eine geringe Steigerung der Entschädigungen gegenüber den Vorjahren, erklärt sich jedoch durch die vermehrte Zahl der schweren und tödlichen Unfälle. Man kann deshalb nicht davon reden, als ob die Berufsgenossenschaft zu einer liberaleren Auffassung gekommen wäre. Die von der Berufsgenossenschaft gesetzlich zu tragenden Kosten des Heilverfahrens und Kurkosten nach Beginn der 14. Woche seit dem Unfall haben sich im Berichtsjahre auf 67 277,70 Mk. belaufen. Von der Befugnis, die Kosten des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall auf die Berufsgenossenschaft zu übernehmen, ist im Jahre 1906 bei 431 Verletzten Gebrauch gemacht worden. Der Kostenaufwand hat 37 739,82 Mk., also durchschnittlich pro Kopf rund 87 Mk. betragen. Von den 431 Verletzten sind 103 vor Beginn der 14. Woche wieder voll hergestellt worden, so daß eine Rente nicht zu gewähren war. Ein günstiger Erfolg überhaupt ist in 424 Fällen erzielt worden. Während sich früher die Berufsgenossenschaften sehr heftig gegen die Anwendung des Heilverfahrens sträubten, kommen sie nun mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es sich doch lohnt, weil die Ansprüche an die Berufsgenossenschaften sich vermindern. Ein ideales Interesse waltet dabei nicht vor. Nur die Rücksicht auf die Interessen des Geldsacks zwingt die Genossenschaften zu diesem Verhalten. Man darf auch nicht vergessen, daß in vielen Fällen von einer gründlichen Heilung — trotz aller Angaben — nicht die Rede sein kann. Der Berufsgenossenschaft kommt es vor allem darauf an, den verunglückten Arbeiter so schnell wie möglich wieder „gesund“ zu machen, um ihn von neuem in die Zwangsarbeitsjacke zu stecken. Ob er gründlich geheilt ist, darauf kommt es ihr nicht so sehr an.

Bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung in Posen und Bromberg sind in Sachen der Posenschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 1391 neue Berufungen, 298 Rentenanträge aus § 94 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900, 327 aus dem Vorjahr übernommene Streitfragen und 2 vom Reichsversicherungsamt an das Schiedsgericht zurückerwiesene Sachen, zusammen 2009 Sachen bearbeitet worden. Von den im Jahre 1906 erledigten Berufungen sind 1443 zurückgewiesen, 311 anerkannt, 6 zurückgezogen, 8 durch Vergleich, 5 durch rechtskräftigen Bescheid des Vorsitzenden, eine durch Anerkenntnis und 20 auf andere Weise erledigt worden. Unerledigt blieben 215 Sachen.

Wir meinen, die hervorgehobenen Zahlen sprechen Bände über den „sozialen Geist“, der in den schiedsgerichtlichen Rechtsprechungsbehörden Posens herrschen muß.

Gegenüber der Millionenanhäufung in der Berufsgenossenschaft und den Verwaltungsausgaben, die sich allein für die erwähnte Genossenschaft im Jahre 1906 auf 233 703,38 Mk. belaufen, nehmen sich die für die verunglückten Arbeiter aufgebrauchten Summen recht armselig aus. Willen sich die Herren von der Berufsgenossenschaft wirklich ein, daß die aufgewendeten Beträge auch nur einen annähernden Ersatz bieten, für die zerschlagenen Gliedmaßen und Körperteile, für die des Gatten beraubten Familien, der im Betriebe sein Leben lassen mußte? L. R.

Kartelle und Sekretariate.

Aus den Gewerkschaftskartellen.

Das Magdeburger Gewerkschaftskartell veranstaltete am 5. Dezember eine Protestversammlung gegen den neuen Reichsvereinsgesetzentwurf. Die Versammlung nahm eine vom Referenten, Arbeitersekretär Wössinger, unterbreitete Resolution an, in welcher ein freiheitliches Vereinsgesetz verlangt, das vorgelegte Gesetz aber, trotz einer Reihe unverkennbarer Verbesserungen, als unannehmbar bezeichnet wird. Um das Gesetz den Forderungen der Arbeiter entsprechend zu gestalten, müßten beseitigt werden 1. die Bestimmungen betr. Einreichung der Statuten und Anmeldung der Vorstandsmitglieder; 2. die Vorschriften betr. Anmeldung der Genehmigung für Versammlungen jeder Art; 3. die Bestimmungen über polizeiliche Ueberwachung und Auflösung von Versammlungen; 4. das Verbot der Benutzung fremder Sprachen in Versammlungen; 5. die landesrechtlichen Koalitionsbeschränkungen für Landarbeiter und Gefinde und 6. alle landesrechtlichen und behördlichen Koalitionsbeschränkungen für Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben. Einem freiheitlichen Vereinsgesetz, das diese Forderungen berücksichtigt, würde die Arbeiterschaft zustimmen.

Mitteilungen.

Das Jahressinhaltsverzeichnis

zum „Correspondenzblatt“ liegt dieser Nummer bei. Für die statistischen und Adressenbeilagen des „Corr.-Bl.“ ist ein besonderes Inhaltsverzeichnis ebenfalls dieser Nummer beigegeben. Dasselbe ist so eingelegt, daß ein besonderes Einbinden der Beilagen als selbständiger Band ermöglicht ist. Man wolle beim Einbinden darauf achten, daß die statistischen und Adressenbeilagen aus den betreffenden Nummern herausgenommen werden und mit ihrem besonderen Inhaltsverzeichnis entweder als Anhang zum Jahresband des „Corr.-Bl.“, oder als selbständiger Einband gebunden werden. Die Redaktion.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Deßau: Schüge, Wilhelm, Angestellter des Metallarbeiter-Verbandes.
Geestmünde: Heinemann, Friedrich, Angestellter des Holzarbeiter-Verbandes.

